



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ BMJ-Z18.200/0002-I 7/2013

Email: team.z@bmj.gv.at
Sachbearbeiter(in): Dr. Dietmar Dokalik
Durchwahl: 2856

An
Österreichische Präsidentschaftskanzlei
Präsidium des Nationalrats
Sozialdemokratische Parlamentsfraktion - Klub der Sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte
Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei
Freiheitlichen Parlamentsklub
Parlamentsklub des BZÖ
Grünen Klub im Parlament
Parlamentsklub Team Stronach
Administrative Bibliothek des Bundeskanzleramtes
Rechtsdienst der Regierung des Fürstentums Liechtenstein, Regierungsgebäude

Betrifft: Bundesgesetz, mit dem das Ausbildungs- und Berufsprüfungs-Anrechnungsgesetz, das Disziplinarstatut für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter, das EIRAG, das Gebührenanspruchsgesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz, das Gerichtsgebührengesetz, die Notariatsordnung, das Notariatsprüfungsgesetz, die Rechtsanwaltsordnung, das Rechtsanwaltsprüfungsgesetz, das Sachverständigen- und Dolmetschergesetz, das Übernahmegesetz, das Verwertungsgesellschaftengesetz 2006, das Bundesgesetz über die Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen und das Strafvollzugsgesetz geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Justiz)

Versendung zur allgemeinen Begutachtung

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, den Entwurf eines Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes – Justiz samt Erläuterungen mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme zu übermitteln.

Die im Begutachtungsverfahren befassten Stellen wurden um Stellungnahme bis

26. April 2013

ersucht.

Es darf darauf hingewiesen werden, dass der Entwurf auch auf der Website des Bundesministeriums für Justiz (www.justiz.gv.at) abgerufen werden kann.

Wien, 06. März 2013

Für die Bundesministerin:

i.V. Dr. Franz Mohr

Elektronisch gefertigt